Lieferketten-Compliance: Der EU-Nachhaltigkeits-Omnibus fährt mit leichterem Gepäck los

EU FINDET ZUM JAHRESENDE 2025 KOMPROMISS ZU NACHHALTIGKEITS-BERICHTSPFLICHTEN UND UNTERNEHMENSSORGFALTSPFLICHTEN IN DER LIEFERKETTE MIT KLAREN ERLEICHTERUNGEN FÜR KLEIN-UNTERNEHMEN



Hintergrund

Am 9. Dezember 2025 haben sich Verhandlungsführer des Rats der Europäischen Union und des EU-Parlaments auf eine erneute Reform der EU-Richtlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Unternehmenssorgfaltspflichten in Lieferketten verständigt, der am 10. Dezember 2025 die Veröffentlichung eines gemeinsamen Vorschlags zur künftigen Regelung von Nachhaltigkeit-Berichts- und Sorgfaltspflichten folgte[1].

Am 16. Dezember 2025 hat das EU-Parlament wie erwartet mit 428 gegen 218 Stimmen und 17 Enthaltungen den Kompromiss angenommen, dem nun noch formal der Rat der Europäischen Union zustimmen muss. 20 Tage nach

[1] Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council amending Directives 2006/43/EC, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 and (EU) 2024/1760 as regards certain corporate sustainability reporting and due diligence requirements; abrufbar unter: https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16702-2025-INIT/en/pdf

Veröffentlichung im Europäischen Amtsblatt werden die veränderten Richtlinien in Kraft treten.

Im Kern werden mit dem „EU-Omnibus I." genannten Vereinfachungspaket die Anwendungsbereiche und Regelungstiefe der *Corporate Sustainability Reporting Directive* („CSRD") und der *Corporate Sustainability Due Diligence Directive*[2] („CSDDD" oder „CS3D") nochmals teils erheblich eingeschränkt.

Die schon verabschiedete CS3D sollte ursprünglich bis zum 27. Juli 2027 in nationales Recht umgesetzt werden - was nun erst ein Jahr später im Juli 2028 geschehen soll und eine Verpflichtungswirkung für die betroffenen Unternehmen nach einem weiteren Jahr dann ab Juli 2029 bedeuten wird.

Neuer Geltungsbereich

Künftig soll die CS3D nur noch für große Unternehmen direkt anwendbar sein. Sah Artikel 2 I. CS3D noch Schwellen für eine Beschäftigtenzahl von mindestens 1000 Beschäftigten und einen weltweiten Nettoumsatz von mindestens 450 Millionen Euro p.a. vor[3], sollen künftig nur noch EU-Unternehmen mit mindestens 5000 Beschäftigten und 1,5 Milliarden Euro jährlichen Mindestumsatz betroffen sein. Ein weiterer erheblicher Unterschied zur vorherigen Regelung gilt für Unternehmen außerhalb der EU: Diese müssen die gleichen Schwellenwerte erreichen, allerdings muss dieser Umsatz von mindestens 1,5 Milliarden innerhalb der EU erzielt worden sein.

Das seit Anfang 2023 in Deutschland geltende Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz („LkSG") gilt hiervon deutlich abweichend seit dem 1. Januar 2024 für alle Unternehmen mit einer Mindestbeschäftigtenzahl von 1000 – wohlgemerkt nach § 1 I. 3. LkSG innerhalb Deutschlands.

Damit kann sich folgende besondere Konstellation ergeben: Während davon auszugehen ist, dass zunächst einmal viele deutsche Unternehmen mit einer wie von der deutschen Regierung angekündigten Anpassung des LkSG an eine CS3D n.F. aus dem direkten Anwendungsbereich herausfallen werden, müssen künftig deutsche Unternehmen mit 1000 bis 5000 Beschäftigten genau hinschauen. Theoretisch könnten Unternehmen mit weniger als 1000 Beschäftigten innerhalb Deutschlands, aber weltweit mehr als 5000 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 1,5 Milliarden Euro nun erstmalig direkt in einen CS3D Geltungsbereich fallen.

Ähnliche Sorgfalt ist geboten für Tochterunternehmen von Nicht-EU-Großunternehmen, welche als Gesamtgruppe zwar die CS3D Anwendungsschwellen überschreiten, aber im deutschen Inland nur eine Tochter mit weniger als 1000 Beschäftigten im Konzernkreis führen.

Neuer Pflichtenkreis

Eine der ersten wichtigen Einschränkungen zielt auf eine Verkürzung der erforderlichen Risikoanalyse-Maßnahmen entlang der Lieferkette ab. Künftig sollen nicht mehr länger auch indirekte Vertrags- beziehungsweise Geschäfts-Partner („Tier 2" – „Tier X") untersucht werden müssen. Im Rahmen eines Risiko-basierten Vorgehens gelten die unternehmerischen Sorgfalts- oder Due-Diligence-Pflichten nur bei direkten Geschäftspartnern ("Tier 1") und darüber hinaus nur noch da, wo spezifische Anhaltspunkte z.B. zu Zwangsarbeitsformen vorliegen. Damit verabschiedet sich die EU von ihrem anfänglichen, auch im Vergleich zum deutschen LkSG äußerst weitreichenden Begriff der „Aktivitätenkette".

Von der zwischenzeitlich vorgesehenen Verpflichtung zur Verabschiedung und Befolgung eines Transformationsplans zur Eindämmung des Klimawandels – insbesondere der Anstrengungen zur Begrenzung der Erderwärmung auf das Pariser Klimaabkommen-Ziel von maximal 1,5 °C - in Art. 22 I. CS3D wird sich der EU-Gesetzgeber ganz

[2] Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU) 2023/2859

[3] exakt diese Schwellenwerte (1000 Beschäftigte; 450 Millionen Euro Nettojahresumsatz) bleiben im Übrigen die Anknüpfungspunkte für eine vereinfachte künftige *CSRD*-Berichtspflicht nur für EU-Unternehmen

verabschieden – ebenfalls ein Regelungspunkt, der deutlich über den Pflichtenkanon des deutschen LkSG hinausging.

Neue Haftungsregelung

Schließlich soll nach dem aktuellen EU-Kompromiss künftig die ursprüngliche Regelung einer zivilrechtlichen Haftung von Unternehmen bei Pflichtverletzung beziehungsweise Unterlassen von Präventionsmaßnahmen nach Art. 29 CS3D entfallen.

Diese Vorgabe wird die supranationale Haftungsregelung wieder näher zu § 3 III. LkSG (zurück-) führen, wo eben keine zivilrechtliche Haftung vorgesehen ist. Zumindest nicht auf direkte Art und Weise, denn sowohl das deutsche LkSG als auch eine CS3D postulieren Sorgfaltspflichtenmaßstäbe, welche etwa im Rahmen deliktischer Haftungsansprüche[4] zu berücksichtigen sein könnten.

Und auch die Höchstgrenze für Zwangsgelder wird sinken: von bis zu maximal 5 % des Weltumsatzes auf künftig höchstens 3%. Dies steht in engem Zusammenhang zu den Sanktionserleichterungen, welche von der deutschen Bundesregierung am 3. September 2025 als Referentenentwurf zur Vereinfachung des LkSG eingebracht wurden und künftig nur noch schwere Sorgfaltspflichtenverletzungen überhaupt sanktionieren will[5].

Umsetzungsempfehlungen für Unternehmen

Werden hier Menschenrechte und Umweltschutz unter den jetzt vielleicht endlich durchstartenden EU-Nachhaltigkeits-Omnibus geworfen? Oder können sich die Unternehmen auf einen längst fälligen Abschied von deutschen Sonderwegen – dem vermeintlichen *„German Gold Plating“* – mit angenehmen Bürokratie-Erleichterungs-Begleiterscheinungen durch nicht nur deutlich weniger ESG-Berichterstattungslast freuen?

Während des bevorstehenden Übergangszeitraums bis zu einer endgültigen Synchronisierung von CS3D (& CSRD) mit nationalen Lieferketten-Compliance-Vorgaben wie dem deutschen LkSG gilt es zunächst einmal für alle betroffenen Unternehmen mit unterschiedlichen Beschäftigten- und Umsatzzahlen innerhalb oder außerhalb des Unionsgebiets genau aufzupassen.

Neben daraus resultierenden direkten gesetzlichen Anwendbarkeiten sollte die Markt- und Verhandlungsmacht großer Kunden auch künftig nicht unterschätzt werden, die eine bereits bestehende vertraglichen Proliferationswirkung[6] von ESG-Verpflichtungen entlang der Lieferkette bewirkt.

Weitere Vorsicht ist geboten bei einem möglichen plötzlichen Überschießen von Nachhaltigkeitspflichten (*„Greenwashing“*) zum gegenteiligen Ignorieren von ESG-Zielen (*“Greenhushing“*). Aus einem Vergessen eigener Verhaltenskodizes kann so leicht viel mehr als „nur“ ein Reputationsverlust erfolgen.

Last, but by no means the least: trotz erneuter EU-Omnibus Erleichterungen ist Nichts bekannt von einer Außerkraftsetzung internationaler Gesetzesvorgaben mit hochriskanten grenzüberschreitenden Anknüpfungen wie einem US Clean Air Act[7] oder einem U.S. Uyghur Forced Labor Prevention Act[8].

Unternehmen mit internationalen Liefer- und Wertschöpfungsketten sind trotz der Ankündigung anwendungs- und vollzugsfreundlicherer Nachhaltigkeitsregelungen nach wie vor gut beraten, auf konsistente und widerspruchsfreie Umsetzung von unterschiedlichen Compliance Anforderungen in ihren Compliance Management

[4] vgl. etwa § 823 II. BGB – EU CS3D & LkSG als „Schutzgesetze“?

[5] bei gleichzeitigem Wegfall der Berichtspflicht zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten, aber Fortbestand der sonstigen Sorgfaltspflichten gemäß LkSG; vgl. Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum *Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des LkSG – Entlastung der Unternehmen durch anwendungs- und vollzugsfreundliche Umsetzung* vom 28.07.2025, vorgestellt am 03.09.2025 im Bundestag

[6] Vgl. *„Trickle-Down-Effect“*

[7] abrufbar unter https://www.epa.gov/clean-air-act-overview/clean-air-act-text

[8] abrufbar unter https://www.cbp.gov/trade/forced-labor/UFLPA

Systemen (CMS) und internen Kontroll-Systemen (IKS) zu achten.

Vielleicht trägt das neueste Modell dieses EU-Nachhaltigkeits-Omnibus mit seinem leichteren Bordgepäck sogar dazu bei, künftig noch mehr auf die präventive (und: *präzise*!) Analyse tatsächlich relevanter Compliance Risiken zu setzen.

Eric Mayer
Rechtsanwalt
Standort München
eric.mayer@gsk.de

Nicole Deparade
Rechtsanwältin
Standort Heidelberg
nicole.deparade@gsk.de

Kristina Marx, LL.M. (QMUL)
Rechtsanwältin
Standort Berlin
Kristina.marx@gsk.de

Dr. Christine Hübner-Toman
Rechtsanwältin
Standort Hamburg
Christine.toman@gsk.de

Dr. Dominik Stolz
Rechtsanwalt
Standort München
dominik.stolz@gsk.de

TOP KANZLEI
Legal500
DEUTSCHLAND
2025

GSK
STOCKMANN

Urheberrecht

GSK Stockmann – Alle Rechte vorbehalten. Die Wiedergabe, Vervielfältigung, Verbreitung und/oder Bearbeitung sämtlicher Inhalte und Darstellungen des Beitrages sowie jegliche sonstige Nutzung ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung von GSK Stockmann gestattet.

Haftungsausschluss

Diese Mandanteninformation enthält ausschließlich allgemeine Informationen, die nicht geeignet sind, den besonderen Umständen eines Einzelfalles gerecht zu werden. Sie hat nicht den Sinn, Grundlage für wirtschaftliche oder sonstige Entscheidungen jedweder Art zu sein. Sie stellt keine Beratung, Auskunft oder ein rechtsverbindliches Angebot auf Beratung oder Auskunft dar und ist auch nicht geeignet, eine persönliche Beratung zu ersetzen. Sollte jemand Entscheidungen jedweder Art auf Inhalte dieser Mandanteninformation oder Teile davon stützen, handelt dieser ausschließlich auf eigenes Risiko.

GSK Stockmann und auch die in dieser Mandanteninformation namentlich genannten Partner oder Mitarbeiter übernehmen keinerlei Garantie oder Gewährleistung, noch haftet GSK Stockmann und einzelne Partner oder Mitarbeiter in irgendeiner anderen Weise für den Inhalt dieser Mandanteninformation. Aus diesem Grund empfehlen wir, in jedem Fall eine persönliche Beratung einzuholen.

www.gsk.de

YOUR PERSPECTIVE.
GSK.DE | GSK-LUX.COM

GSK Stockmann
Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaftsgesellschaft mbB

BERLIN
Anton-Wilhelm-Amo-Str. 42
10117 Berlin
T +49 30 203907 - 0
F +49 30 203907 - 44
berlin@gsk.de

HEIDELBERG
Europaplatz 3
69115 Heidelberg
T +49 6221 4566 - 0
F +49 6221 4566 - 44
heidelberg@gsk.de

FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstr. 24
60323 Frankfurt am Main
T +49 69 710003 - 0
F +49 69 710003 - 144
frankfurt@gsk.de

MÜNCHEN
Karl-Scharnagl-Ring 8
80539 München
T +49 89 288174 - 0
F +49 89 288174 - 44
muenchen@gsk.de

HAMBURG
Neuer Wall 69
20354 Hamburg
T +49 40 369703-0
F +49 40 369703-44
hamburg@gsk.de

LUXEMBURG
GSK Stockmann SA
44, Avenue John F. Kennedy
L - 1855 Luxemburg
T +352 271802 - 00
F +352 271802 - 11
luxembourg@gsk-lux.com

LONDON
GSK Stockmann International
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH,
Zweigniederlassung London
Queens House, 8-9 Queen Street
London EC4N 1SP
United Kingdom
T +44 20 4512687-0
london@gsk-uk.com

Sitz der GmbH: München,
Amtsgericht München
HRB 281930
Geschäftsführer:
Dr. Mark Butt, York-Alexander
von Massenbach